

Ausländer und Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland	455
Ausländerbeschäftigung in Berlin (West): Hohe Arbeitsplatzverluste verschärfen Integrationsprobleme	462
Exportüberschuß auf Rekordhöhe	466

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 37/82

Berlin

16. September 1982

49. Jahrgang

Steglin

Ausländer und Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland

Mit der weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik Deutschland hat sich das Problem der Ausländerfeindlichkeit verschärft. Über zwei Millionen ausländische Erwerbspersonen konkurrieren um die knapper gewordenen Arbeitsplätze. Dabei ist jedoch festzustellen, daß Ausländer überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, daß sie durch Abwanderung auch zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen haben und vor allem Tätigkeiten ausüben, die von deutschen Arbeitskräften kaum angenommen werden.

Zur Schlüsselfrage der Ausländerpolitik sollte nicht werden, ob die Ausländerquote zu hoch ist, sondern wie die Ausländer, die bereits lange hier leben, integriert werden können. Die Integration erfordert allerdings eine Begrenzung der Arbeitskräfteeinwanderungen, wobei aber die Familiennachzugs sowie finanzielle Förderung der Rückkehr könnte die Zahl der Ausländer wahrscheinlich nur wenig verringert werden. Die geringen Erfolgsaussichten wiegen die zu erwartenden humanitären, rechtlichen und außenpolitischen Probleme jedenfalls nicht auf. Zur Integration – auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten – gibt es keine Alternative.

Infolge des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern Ende 1973 ging die ausländische Wohnbevölkerung zurück und lag 1976 mit 3,9 Mill. um etwa 180 000 unter dem Stand von 1974. Da sich gleichzeitig auch die deutsche Bevölkerung verminderte, sank der Ausländeranteil nur geringfügig auf 6,4 vH. Bei weiterhin schrumpfender deutscher Bevölkerung stieg in den Jahren 1978 bis 1981 die Zahl der Ausländer um ca. 650 000 Personen auf 4,6 Mill. und die Ausländerquote von 6,5 auf 7,5 vH. Aber nicht einmal 150 000 der – per Saldo – Zugewanderten waren Erwerbspersonen. Bestimmend für die Expansion war vielmehr die Familiennachführung. 1981 betrug die Erwerbsquote bei den Ausländern 47 vH (Deutsche 44 vH). Anfang der sieb-

ziger Jahre, als noch die „Gastarbeiter“ dominierten, lag sie bei 70 vH.

Phasen der Ausländerwanderungen

In den Wanderungsbewegungen der Ausländer, zusammengefaßt in den kumulierten Wanderungssalden, lassen sich drei Phasen unterscheiden. Von 1970 bis 1973 zogen 1,5 Mill. Ausländer mehr in die Bundesrepublik, als wieder in die Heimatländer zurückkehrten; zwei Drittel davon waren Erwerbspersonen.

Im Zeitraum von 1974 bis 1977 war der gesamte Wanderungssaldo negativ (–430 000); fast eine halbe

Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen
Deutsche und Ausländer

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾
Bevölkerung in 1000	62089	62048	61746	61490	61389	61332	61402	61653	61666
Deutsche	58122	57921	57656	57541	57441	57351	57258	57200	57036
Ausländer	3966	4127	4090	3948	3948	3981	4144	4453	4630
Ausländerquote ²⁾	6,4	6,7	6,6	6,4	6,4	6,5	6,8	7,2	7,5
Erwerbspersonen ³⁾ in 1000	26921	26737	26340	26093	26023	26174	26395	26668	26898
Deutsche	24278	24140	24025	23971	23963	24121	24284	24457	24710
Ausländer	2643	2597	2315	2122	2060	2053	2111	2211	2188
Ausländerquote ²⁾	9,8	9,7	8,8	8,1	7,9	7,8	8,0	8,3	8,1
Erwerbsquote ⁴⁾ insgesamt	43,4	43,1	42,7	42,4	42,4	42,7	43,0	43,3	43,6
Deutsche	41,8	41,7	41,7	41,7	41,7	42,1	42,4	42,8	43,3
Ausländer	66,6	62,9	56,6	53,7	52,2	51,6	51,0	49,7	47,3
	Veränderung in 1000								
Bevölkerung	314	-41	-302	-256	-101	-57	70	251	13
Deutsche	-126	-202	-264	-115	-100	-54	-92	-59	-164
Ausländer	440	161	-38	-141	0	-3	163	310	177
Erwerbspersonen	95	-184	-397	-247	-70	151	221	273	230
Deutsche	-132	-139	-115	-54	-8	159	163	173	253
Ausländer	227	-46	-282	-193	-62	-8	58	100	-23
1) Erwerbstätige 1981 geschätzt.- 2) Anteil der Ausländer an insgesamt in vH.- 3) Erwerbstätige plus registrierte Arbeitslose; ausländische Erwerbstätige geschätzt anhand der Angaben über die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer.- 4) Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung in vH.									
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des DIW.									

Million Erwerbspersonen¹ wanderten — netto — ab. Dazu trugen Spanier und Griechen überproportional bei. Rund 145 000 Spanier und 220 000 Griechen kehrten in ihre Heimatländer zurück. Zugleich schwächte sich die Zuwanderung aus diesen Ländern wegen der schlechten Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik und des Anwerbstopps für Arbeitskräfte stark ab. Auch viele jugoslawische Arbeitnehmer verließen in dieser Zeit die Bundesrepublik. Bei den Türken dagegen blieb die Wanderungsaktivität in beiden Richtungen kräftig; insgesamt war hier nur ein geringer Wanderungsverlust zu verzeichnen (-24 000). Zum größten Teil waren die zuziehenden Türken (85 vH von 480 000) schon in dieser Phase Nichterwerbspersonen, während bei den Fortzügen die Erwerbspersonen überwogen. Diese Veränderung im Wanderungsverhalten der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen wird auch im Altersprofil der Wanderungssalden deutlich. In allen Nationalitäten überwog in der Altersgruppe der über 25jährigen die Abwanderung bei weitem. Die jugoslawischen und italienischen Jugendlichen folgten ihren Eltern in die Heimat; bei den türkischen Jugendlichen dagegen war infolge der Familienzusammenführung ein erheblicher Wanderungsgewinn festzustellen.

Seit 1978 ist der Wanderungssaldo trotz der begrenzenden Maßnahmen wieder positiv; er erreichte 1980 mit rund einer Viertelmillion Personen einen Höhepunkt. Von 1978 bis 1981 hat der Wanderungsüberschuß die Abwanderungsverluste der vorigen

Wanderungsphase mehr als ausgeglichen. Zu den Ursachen gehört die Familienzusammenführung. Versuche, den Familiennachzug zu begrenzen („Stichtagsregelung“), waren nicht erfolgreich; sie mußten weitgehend zurückgenommen werden². Als weiteres Wanderungsmotiv ist der Unterschied in der politischen und wirtschaftlichen Situation der Heimatländer zur Bundesrepublik zu sehen. Solange das Wohlstandsgefälle — auch bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik — hinreichend groß ist, bleibt der Anreiz zur Wanderung bestehen. Dies führt auch dazu, daß Erwerbspersonen, die keinen Anspruch auf Einreise haben, illegal oder unter dem Vorwand der Familienzusammenführung versuchen, Zutritt zum Arbeitsmarkt zu erlangen. Dazu zählen z. B. Jugendliche, die als sogenannte „Späteinsteiger“ vorrangig zum Zweck der

¹ Die Definition der Erwerbspersonen in der Wanderungstatistik weicht von der herkömmlichen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) ab, so daß ein Vergleich mit den Bestandsdaten der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistik nur begrenzt möglich ist. Als Erwerbsperson zählt, wer bei der An- bzw. Abmeldung eine Berufsangabe gemacht hat. Eine zugereiste Erwerbsperson kann in der Bundesrepublik in der Regel erst nach einer zweijährigen Wartefrist um Arbeit nachfragen. Allerdings ergibt sich dadurch nur eine Verzögerung der Arbeitsnachfrage. Bei den abgereisten Erwerbspersonen muß angenommen werden, daß ein erheblicher Teil von ihnen Arbeit nachgefragt hätte oder arbeitslos geworden ist. Genaue Angaben darüber liegen allerdings nicht vor.

² Vgl. Ausländerpolitik. Antwort der Bundesregierung. In: Deutscher Bundestag. Drucksache 9/1629, S. 14 ff.

Beschäftigung im Konjunkturablauf

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Beschäftigte in 1000	22500	22092	21329	21233	21296	21556	21954	22242	21900
Deutsche	20002	19684	19268	19313	19427	19700	20032	20238	19974
Ausländer	2498	2408	2061	1920	1869	1856	1922	2004	1926
Ausländerquote ¹⁾	11,1	10,9	9,7	9,0	8,8	8,6	8,8	9,0	8,8
darunter:									
Warenproduzierendes Gewerbe	12005	11568	10825	10630	10573	10590	10738	10843	10650
Deutsche	10061	9732	9332	9241	9223	9264	9374	9435	9304
Ausländer	1944	1836	1493	1389	1350	1326	1364	1408	1346
Ausländerquote ¹⁾	16,2	15,9	13,8	13,1	12,8	12,5	12,7	13,0	12,6
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH								
Beschäftigte in 1000	0,6	-1,8	-3,5	-0,5	0,3	1,2	1,9	1,3	-1,5
Deutsche	-0,4	-1,6	-2,1	0,2	0,6	1,4	1,7	1,0	-1,3
Ausländer	9,3	-3,6	-14,4	-6,8	-2,7	-0,7	3,6	4,3	-3,9
darunter:									
Warenproduzierendes Gewerbe	0,1	-3,6	-6,4	-1,8	-0,5	0,2	1,4	1,0	-1,8
Deutsche	-1,2	-3,3	-4,1	-1,0	-0,2	0,4	1,2	0,7	-1,4
Ausländer	7,0	-5,6	-18,7	-7,0	-2,8	-1,8	2,9	3,2	-4,4
1) Anteil der Ausländer an allen Beschäftigten in vH.									
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit.									

Arbeitsaufnahme einreisen. Die Senkung der Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre zielte darauf ab, diesen Umgehungsversuchen zu begegnen.

Waren die Wanderungsbewegungen vor 1978 im wesentlichen durch Personen aus den ursprünglichen Hauptanwerbeländern bestimmt, so ist deren Bedeutung mittlerweile zurückgegangen. In den Vordergrund treten vor allem bei den Erwerbspersonen Ausländer, die mit dem Flüchtlingsstatus in die Bundesrepublik einreisen. Von 1978 bis 1981 wurden 240 000 Asylanträge gestellt. Aus Polen sind allein 185 000 und aus Asien über 200 000 Personen eingereist. Auch aus den EG-Ländern und hier vor allem aus Italien wurden bei den Erwerbspersonen wieder Wanderungsüberschüsse erzielt. 1980 markiert aber einen Wendepunkt; von rund 250 000 ging der Wanderungssaldo 1981 auf 86 000 zurück, gleichzeitig halbierten sich die Asylanträge auf rund 50 000. Die Einreisen aus Polen erreichten 1981 allerdings mit – per Saldo – 44 000 ihren bisherigen Höhepunkt.

**Ausländerbeschäftigung
besonders konjunkturabhängig**

Über drei Viertel der Ausländer waren 1973 – im Endjahr der Vollbeschäftigungsphase – im warenproduzierenden Gewerbe tätig. Die Ausländerquote war dort mit rund 16 vH am höchsten. In den übrigen Wirtschaftsbereichen betrug sie nur 5 vH. In der folgenden Beschäftigungskrise verlor bis 1978 im warenproduzierenden Gewerbe jeder dritte Ausländer seinen Arbeitsplatz. Von der Beschäftigungsabnahme entfielen rund 600 000 auf Ausländer und 800 000 auf Deutsche.

Die Beschäftigung der deutschen Arbeitnehmer unterliegt wesentlich geringeren Schwankungen als die

der Ausländer. Ausländer nehmen überwiegend die Position der Randbelegschaft³ ein, die bei Verschlechterung der Beschäftigungslage schneller entlassen und in den darauf folgenden Expansionsphasen wieder eingestellt wird. Ihr geringer Ausbildungsstand sowie die überwiegend kurzen Anlernzeiten erhöhen das Arbeitsplatzrisiko. So betrug 1975 im warenproduzierenden Gewerbe der Beschäftigungsrückgang gegenüber dem Vorjahr bei den Ausländern 19 vH, bei den Deutschen 4 vH. Auch in den folgenden beiden Jahren, in denen bei den Deutschen der Rückgang fast zum Stillstand gekommen war, lag er bei den Ausländern noch bei 7 vH bzw. bei 3 vH. Entsprechend größer waren dann die Zuwachsraten bei der Ausländerbeschäftigung in den Jahren 1979 und 1980, als sich die Beschäftigungssituation besserte. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Beschäftigten im warenproduzierenden Gewerbe hat sich seit 1976 zwischen 13,1 vH und 12,5 vH eingependelt, also erheblich unter dem Höchststand von 16,2 vH (1973). Das könnte sowohl darauf zurückzuführen sein, daß deutsche Arbeitskräfte unter dem Einfluß der langandauernden hohen Arbeitslosigkeit vermehrt vormals typische Ausländertätigkeiten übernehmen als auch auf Strukturwandel zulasten der Wirtschaftsbereiche⁴ und Tätigkeiten mit hoher Ausländerbeschäftigung.

³ Zum Konzept des Dualen Arbeitsmarktes mit einer Einteilung in Stamm- und Randbelegschaft vgl. Arbeitsmarktsegmentation – Theorie und Empirie im Lichte der empirischen Befunde. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Bd. 33, 1979.

⁴ Daten zur Wirtschaftszweig-, Berufs- und Nationalitätenstruktur ausländischer Arbeitskräfte liegen erst seit 1977 in der Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger vor. Im folgenden werden jeweils die Werte mit Stand vom 30. 6. des Jahres verglichen.

Arbeitslosigkeit im Konjunkturverlauf

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
	in 1000								
Arbeitslose insgesamt	273	582	1074	1060	1030	993	876	889	1272
Deutsche	253	513	923	954	932	889	783	782	1104
Ausländer	20	69	151	106	98	104	93	107	168
	Veränderungen in 1000								
Arbeitslose insgesamt	27	309	492	-14	-30	-37	-117	13	383
Deutsche	24	260	410	31	-22	-43	-106	-1	322
Ausländer	3	49	82	-45	-8	6	-11	14	61
Wanderungssaldo ¹⁾	205	-140	-194	-98	-26	22	83	117	57
	Arbeitslosenquoten in vH								
Arbeitslose insgesamt	1,2	2,6	4,8	4,8	4,6	4,4	3,8	3,8	5,4
Deutsche	1,3	2,5	4,6	4,7	4,6	4,3	3,8	3,7	5,2
Ausländer	0,8	2,9	6,8	5,2	5,0	5,3	4,6	5,0	8,1

1) Wanderungssaldo der ausländischen Erwerbspersonen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit.

Differenziert man die Entwicklung der Beschäftigung von Deutschen und Ausländern nach Wirtschaftszweigen und Berufen, so fällt auf, daß der — überdurchschnittlich hohe — Ausländeranteil in der Elektrotechnik und dem Straßenfahrzeugbau 1981 im Vergleich zu 1977 um jeweils fast einen Prozentpunkt gesunken ist. In den anderen bedeutenden Ausländerbereichen des warenproduzierenden Gewerbes dagegen blieb der Anteil konstant oder stieg sogar, wie im Bauhauptgewerbe, etwas an. In einigen Dienstleistungsbereichen, besonders aber im Handel, der 1981 über 120 000 Ausländer beschäftigte, verbesserte sich die Beschäftigungssituation, die Ausländerquote stieg auf 4,2 vH. Auch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, das mit 22 vH die höchste Ausländerquote aufwies, waren Ausländer mehr gefragt als je zuvor. Im Gesundheitswesen dagegen wurden im Verhältnis mehr Deutsche als Ausländer eingestellt, so daß trotz leicht erhöhter Ausländerbeschäftigung der Ausländeranteil sank.

Auch in den Tätigkeiten ist eine Umstrukturierung festzustellen. Während in den Fertigungsberufen gegenüber 1977 im Jahre 1981 17 000 Ausländer weniger beschäftigt waren, konnten sie in den Dienstleistungsberufen 53 000 Arbeitsplätze mehr einnehmen. Ausländer haben in gleichem Ausmaß — wenn auch mit anderen Tätigkeitsschwerpunkten — wie die Deutschen an der allgemeinen Ausweitung des Dienstleistungsbereichs partizipiert. Die Ausländerquote stieg vor allem in Tätigkeiten mit geringer Qualifikationsanforderung. Dazu zählen Verkäufer,

Lager- und Transportberufe, Hotel- und Gaststättenberufe und vor allem Reinigungsberufe, wo die Ausländer (+7 000) sogar Deutsche (-3 000) ersetzen, so daß ihr Anteil um fast einen Prozentpunkt auf 14,8 vH stieg.

Zwei Drittel aller Ausländer waren 1981 in Fertigungsberufen beschäftigt. Von den Chemie- und Kunststoffbearbeitern, den Metallherzeugern- und -bearbeitern sowie den Montierern war jeder Vierte bzw. Dritte ein Ausländer. In diesen Berufen war die Beschäftigung von Deutschen und Ausländern gleichermaßen rückläufig. Bei den Metallherzeugern und -bearbeitern überwog der Beschäftigungsrückgang der Deutschen, so daß hier die Ausländerquote sogar um 0,6 Punkte auf 28,9 vH stieg.

Das tendenzielle Sinken des globalen Ausländeranteiles ist also vor allem auf Branchenstrukturwandel zulasten typischer Ausländerbereiche zurückzuführen. Eine Verdrängung von Ausländern durch deutsche Arbeitskräfte ist kaum festzustellen. Vor allem sozialer Status, Entlohnung, Schichtarbeit und sonstige Arbeitsbedingungen⁵ führen dazu, daß sich Ausländer in vielen Branchen und Tätigkeiten behaupten konnten.

Zu Beginn des Beschäftigungseinbruchs 1974 hatten Deutsche und Ausländer fast die gleiche Arbeitslosenquote. Trotz eines erheblichen „Exports von Arbeitslosigkeit“ von 1974 bis 1977 — ein großer Teil der abgewanderten Erwerbspersonen dürfte arbeitslos gewesen sein — stieg die Arbeitslosenquote der Ausländer weit über die der Deutschen an. Der Zu-

⁵ Vgl. Eduard Gaugler und Wolfgang Weber: Ausländer in deutschen Industriebetrieben. Königstein/Ts., 1978.

tritt geburtenstarker Jahrgänge zum Arbeitsmarkt, der Ablauf der Wartefristen für nachgereiste Familienangehörige sowie der Wanderungsüberschuß von Erwerbspersonen, die ohne größere Verzögerung Arbeitsmarktzugang erlangen können, erhöhte die Arbeitslosenquote auf 8,1 vH (1981). Vor allem die Türken (10,1 vH) und die Italiener (8,8 vH) waren davon betroffen. Die Arbeitslosenquote von Spaniern (5,0 vH) und Jugoslawen (5,7 vH) war nicht zuletzt wegen der Abwanderung von Erwerbspersonen erheblich niedriger.

Höhepunkt des Familiennachzugs ist überschritten

Maßnahmen zur sozial verantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs müssen auf realistischen Schätzungen des Nachzugspotentials beruhen und auf ihre politische und administrative Durchsetzbarkeit hin überprüft werden. Nach dem geltenden Recht sind Kinder aus Nicht-EG-Ländern nur bis zum Alter von 16 Jahren und Kinder aus EG-Ländern bis zum Alter von 21 Jahren nachzugsberechtigt. Auf der Basis der Kindergeldzahlungen ins Ausland im Jahre 1981 ergibt sich ein hypothetisches Nachzugspotential von rund 500 000 Personen. Über die Hälfte davon (260 000) sind Türken. Die 138 000 jugoslawischen Kinder bilden die zweitgrößte Gruppe, auf die EG-Länder entfallen 72 000 Kinder. Plausibel erscheint die Annahme, daß vor allem die Angehörigen der Nationen, die schon in der Vergangenheit viele Kinder nachgeholt haben und zu einem Verbleib in der Bundesrepublik neigen, die Familienzusammenführung fortsetzen werden. Bei Nationen mit negativem Wanderungssaldo und hoher Fluktuation ist die Wahrscheinlichkeit dagegen sehr viel geringer.

Die intensive Familienzusammenführung in den letzten Jahren kommt in folgenden Zahlen der Kindergeldstatistik zum Ausdruck. Von 1,9 Millionen ausländischen Kindern, für die Kindergeld gezahlt wurde, lebten 1979 knapp 800 000 (reichlich 40 vH) in den Heimatländern, 1981 nur noch 566 000 oder 30 vH. Allein die Türken haben ca. 150 000 Kinder nachgeholt. Bei den Jugoslawen dagegen, die verstärkt in die Heimat zurückkehren, war kaum noch Familienzusammenführung in die Bundesrepublik zu beobachten; dasselbe gilt für Spanier. Die restlichen Nationen fallen von der Größenordnung her kaum ins Gewicht.

Berücksichtigt man das Wanderungsverhalten von Arbeitskräften und Familienangehörigen der einzelnen Nationalitäten sowie die Verteilung der Kinder auf Heimat- und Gastland, so ist zu vermuten, daß die Familienzusammenführung ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Aus dem hypothetischen Nachzugspotential wird bei großzügiger Schätzung wahrscheinlich nur noch bei den Türken mit Zuwanderungen in der Größenordnung von 200 000 Jugend-

lichen zu rechnen sein. Ende September 1981 lebten rund 150 000 mehr verheiratete ausländische Männer als verheiratete ausländische Frauen in der Bundesrepublik. Kommt davon etwa jede zweite Ehefrau über den Familiennachzug nach Deutschland, so sind das potentiell 70 000 Frauen, die in absehbarer Zeit einreisen könnten. Insgesamt dürfte der erwartbare Familiennachzug also die Größenordnung von 300 000 Personen kaum überschreiten.

Die Senkung des Zuzugalters für Kinder auf 6 Jahre könnte wohl nur mit einer längeren Übergangsfrist eingeführt werden. Sie hätte überdies allein für Kinder aus Nicht-EG-Ländern Geltung. Der Personenkreis, der durch diese Maßnahmen vom Zuzug abgehalten werden könnte, umfaßt bei den Türken maximal ein Potential von 160 000 Jugendlichen. Innerhalb dieser Frist aber wäre bei Fortsetzung des Wanderungsverhaltens wie in den letzten drei Jahren – eventuell noch beschleunigt durch vorgezogene Wanderungen – fast das gesamte zu erwartende Wanderungspotential eingereist und der Familiennachzug zum Abschluß gekommen. Da auch weiterhin nicht nur mit Zuzügen, sondern auch mit Fortzügen zu rechnen ist, würde sich dennoch die ausländische Wohnbevölkerung insgesamt nur wenig erhöhen.

Rückkehrförderung noch ohne große Wirkung

Zur Begrenzung der Ausländerbeschäftigung werden, ergänzend zu einer stärkeren Reglementierung des Zuzugs, in jüngster Zeit verschiedene Initiativen diskutiert, die eine beschleunigte Abwanderung von Ausländern zum Ziel haben⁶. Nach der zügigen Verabschiedung des Asylverfahrensgesetzes⁷ – es soll den Klageweg verkürzen und die frühere Abreise abgelehnter Bewerber ermöglichen – konzentrieren sich die Vorschläge jetzt auf:

- vereinfachte Beitragserstattung im Rahmen der Rentenversicherung und vorzeitige Rückzahlung von Sparguthaben sowie
- Auslobung von Rückkehrprämien.

Gemäß den Beschlüssen des Bundeskabinetts vom 14. 7. 82, die jetzt dem Parlament zur Beratung vorliegen, sollen heimkehrwillige ausländische Arbeitnehmer in den Stand gesetzt werden, sich nunmehr bereits nach einem halben Jahr – bisher betrug die Wartezeit zwei Jahre – den eigenen Beitragsanteil zur gesetzlichen *Rentenversicherung* aus-

⁶ Z. B. Rückkehrförderung und Reintegration ausländischer Arbeitnehmer. Bericht über die Ergebnisse eines Sachverständigengespräches beim Senator für Gesundheit, Soziales und Familie; Ausländerbeauftragter. Berlin, 13./14. Mai 1982.

⁷ Gesetz über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz – AsylVfG); BGBl. I S. 946 v. 21. 7. 82.

zahlen zu lassen. Desgleichen soll dieser Personenkreis vorzeitig über vermögenswirksame *Spareinlagen* ohne Verlust der staatlichen Vergünstigungen verfügen können. Wegen geltender bilateraler Sozialversicherungsabkommen (keine Beitragserstattung, wenn freiwillige Weiterversicherung möglich) können indes Beiträge nur an wenige Ausländergruppen, vor allem Türken wie auch Portugiesen, zurückgezahlt werden. Pro Jahr versicherungspflichtiger Beschäftigung in der Bundesrepublik dürfte es sich um Beträge in der Größenordnung von etwa 1 000 DM handeln. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung rechnet mit einem durchschnittlichen Betrag von 8 000 bis 9 000 DM je berechtigten Empfänger. Der damit zusätzlich zu mobilisierende Personenkreis wird von offizieller Seite auf jährlich ca. 10 000 ausreisewillige Ausländer geschätzt. Es ist zweifelhaft, ob „Starthilfen“ in dieser Größenordnung den erhofften Anreiz zur Rückwanderung ausüben, zumal mit der Auszahlung erworbene Rentenansprüche verlorengehen.

Die von den Bundesländern favorisierte *Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes* ist im Laufe der politischen Diskussion in den Hintergrund geraten. Dies nicht zuletzt deshalb, weil ausländische Arbeitnehmer, die bereits seit längerem arbeitslos sind, nicht erfaßt würden. Auch wäre hier die Gefahr reiner Mitnahmeeffekte besonders groß. Im übrigen gibt es rechtliche Bedenken, eine Risikoversicherung durch eine Abfindungssumme zu kapitalisieren.

Eine allgemeine *Rückkehrprämie* hätte dagegen den Vorteil, daß sie stärker politisch gestaltunfähig wäre, da sie nicht von individuell erworbenen Ansprüchen abhängt. Die Inanspruchnahme ließe sich mit Auflagen verbinden, die die Gewähr der endgültigen Abwanderung (einschließlich der Familien) bieten. Doch die im Ausland, vor allem in Frankreich, mit diesem Instrument gesammelten Erfahrungen sind nicht ermutigend; die Zahl der dort anwesenden Ausländer nahm trotz jahrelanger Rückkehrförderung nur geringfügig ab. Auf jeden Fall sind Prämien, sollen sie wirksam sein, ein teures Instrument. Bislang gibt es aber in der Bundesrepublik kein Konzept, wie eine nennenswerte Rückführung ausländischer Arbeitnehmer, die ohne Zwang erfolgen soll, bei extrem angespannter Haushaltslage zu finanzieren wäre.

Monetäre Anreize zur Rückkehr in das Heimatland sind vor allem wirksam, wenn die Ansammlung eines bestimmten Sparkapitals das Motiv der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik ist. Geldentwertung und wachsende Anspruchshaltung machen es indes immer schwieriger, ein festes Sparziel zu nennen; außerdem wird die Rückkehrwilligkeit zunehmend durch andere Faktoren mitbestimmt. Dazu zählen neben der wirtschaftlichen und politischen Situation im Herkunftsland auch die soziale Entwurzelung nach län-

gerer Abwesenheit. Die Heimat verliert ihre Attraktivität, und immer stärker bildet sich das folgende Muster heraus⁸: Ein kleinerer Teil der Ausländer ist einbürgerungsbereit, ein anderer Teil wird auch noch nach längerem Aufenthalt wieder abwandern, spätestens am Ende des Erwerbslebens. Die Mehrzahl dürfte sich aber relativ dauerhaft in der Bundesrepublik niedergelassen haben, ohne indes die Staatsbürgerschaft ändern zu wollen. Sicherlich dämpft der Kernpunkt der finanziellen Rückkehrförderung — die Auflage, die Bundesrepublik endgültig zu verlassen — die Bereitschaft zur Rückkehr. Offen bleibt dabei, ob nicht ein Teil dieses Personenkreises illegal wieder einreist. Nach langjähriger Abwesenheit vom Herkunftsland würde der Entschluß zur Abreise wahrscheinlich leichter fallen, wäre es eine „Rückwanderung auf Probe“. Die derzeit diskutierte „Rückkehroption“ von nur sechs Monaten ist vermutlich als Entscheidungsfreiraum zu kurz.

Die am meisten Erfolg versprechende Form der Rückkehrförderung dürfte darin bestehen, über Beratungsinstitutionen und Ausbildungsprogramme rückwanderungswillige Ausländer für eine fachliche Qualifizierung zu gewinnen. Es gibt Anzeichen dafür, daß Jugoslawien, Spanien und Portugal an der Rückkehr beruflich qualifizierter Arbeitnehmer interessiert sind. Hier böten sich Ansatzpunkte, das arbeitsmarktpolitische Interesse der Bundesrepublik mit entwicklungspolitischen Wirkungen für das Heimatland zu verknüpfen. Derartige berufsbildende Maßnahmen sollten zudem möglichst im Heimatland der Rückwanderer stattfinden.

In bezug auf die Türkei ist kein derartiges Interesse erkennbar. Gründe hierfür sind der Stellenwert der Gastarbeiterüberweisungen für die Zahlungsbilanz (sie finanzieren ca. 44 vH des Handelsbilanzdefizits⁹) und die dort ohnehin bereits hohe Arbeitslosigkeit. Insofern wäre es hier als politischer Erfolg zu werten, wenn die angestrebte Eindämmung des weiteren Zustroms aus der Türkei nach der Teilassoziierung in die EG im Jahre 1986 in Ankara auf Zustimmung trafe.

Integrationspolitik muß Schwerpunkt bleiben

Die meisten Ausländer leben schon lange in der Bundesrepublik; rund eine Million Ausländerkinder

⁸ Hermann Korte: Schwerpunkte und Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung über Rückwanderung und Reintegration von Wanderarbeitern in Europa. Referat anläßlich der 7. Vollversammlung des Ausschusses der Kirchen für Fragen ausländischer Arbeitnehmer in Europa am 10. 5. 1982 in Athen, S. 5. Vgl. auch Ursula Mehrländer u. a.: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung '80. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. Bonn 1981, S. 546 ff.

⁹ OECD, SOPEMI 1981; Paris 1982, S. 142.

wurde im vergangenen Jahrzehnt hier geboren. Die erste Generation der Einwanderer wird zu einem erheblichen Teil hier bleiben, ihre vollständige Integration ist aber kaum zu erwarten. Zur Integration der zweiten und folgenden Ausländergeneration gibt es indes keine Alternative.

Ausländische Wohnbevölkerung nach Aufenthaltsdauer¹ und Nationalitäten
1981
In 1000 Personen

	Aufenthaltsdauer in Jahren			
	unter 4	4 - 8	8 u.mehr	insgesamt
Insgesamt	1163	829	2638	4630
Europäische Gemeinschaft	256	184	794	1234
übrige Länder	907	645	1844	3396
Türkei	437	359	751	1546
Jugoslawien	84	96	458	637
Spanien	13	20	145	177
	Nationalitätenstruktur in vH			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Europäische Gemeinschaft	22,0	22,3	30,1	26,7
übrige Länder	77,9	77,8	69,9	73,3
Türkei	37,6	43,3	28,5	33,4
Jugoslawien	7,2	11,6	17,4	13,8
Spanien	1,1	2,4	5,5	3,8
	Verweildauerstruktur in vH			
Insgesamt	25,1	17,9	57,0	100,0
Europäische Gemeinschaft	20,7	14,9	64,3	100,0
übrige Länder	26,7	18,9	54,3	100,0
Türkei	28,2	23,2	48,5	100,0
Jugoslawien	13,1	15,1	71,8	100,0
Spanien	7,3	11,1	81,6	100,0

1) Gerechnet vom Tag der ersten Einreise, d.h. ohne Berücksichtigung von vorübergehenden Aufenthalten im Ausland.
Quelle: Statistisches Bundesamt

die Hälfte ist länger als acht Jahre in der Bundesrepublik. Daraus ergeben sich Ansprüche auf einen Verbleib in der Bundesrepublik. Zwar haben bisher nur ca. 40 vH der berechtigten Nicht-EG-Ausländer von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ihren aufenthaltsrechtlichen Status durch den Erwerb einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis bzw. einer Aufenthaltsberechtigung abzusichern, aber ihre Zahl ist in letzter Zeit stark gestiegen¹⁰. Nach der Sicherstellung einer bundeseinheitlichen Anwendung des geltenden Rechts, die im Herbst durch eine Novellierung des Ausländergesetzes erreicht werden soll, wird wahrscheinlich der anspruchsberechtigte Personenkreis weitgehend davon Gebrauch machen. Von dieser Klärung des Aufenthaltsstatus werden Anstöße für den Integrationsprozeß erwartet.

Darüber hinaus kann die Integration nicht ohne Verbesserungen auf folgenden Gebieten vorankommen:

- Wesentlich für die Integrationschancen der Ausländerkinder und für die künftige Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften ist eine bessere schulische Betreuung. Die Schulbesuchsquoten der Ausländerkinder sind in den letzten Jahren zwar auf 80 vH gestiegen, doch macht nach wie vor Sorge, daß etwa die Hälfte der Ausländerkinder die Hauptschule ohne Abschluß verläßt. Auch beim Übergang auf weiterführende Schulen sind noch erhebliche Defizite abzubauen.
- Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer (MBSE) sowie Intensivsprachkurse müssen mehr Personen erreichen und wirkungsvoller werden.
- Die personelle Ausstattung der Ausländersozialdienste muß vor allem zur Betreuung der Türken, die z. Zt. am schlechtesten versorgt sind, verbessert werden.

Ghettobildung und soziale Konflikte nehmen noch zu, ihnen muß intensiver entgegengewirkt werden. In den Ballungsgebieten ist eine rasche Besserung der Versorgung mit Wohnraum freilich nicht zu erwarten. Es sollte indes nicht dazu kommen, daß durch enge Auslegung der Vorschriften über den Nachweis angemessenen Wohnraums oder den Zuzugsstopp für überlastete Siedlungsgebiete der Familiennachzug auf administrativem Wege „durch die Hintertür“ unterbunden wird. Soll verhindert werden, daß die zweite und dritte Ausländergeneration von den Integrationsmaßnahmen nicht erreicht wird, muß auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Mitteleinsatz intensiviert werden. Eine Entschärfung der vielfältigen Konflikte kann allerdings nur auf längere Sicht erwartet werden.

¹⁰ Vgl. Ausländerpolitik, a.a.O., S. 14 ff. und S. 19 f.

In der aktuellen Diskussion stehen die Bemühungen um die Verkleinerung der Zahl der Ausländer durch Zuzugsbeschränkung und Rückkehrförderung im Vordergrund. Zwar ist eine Begrenzung des Zuzugs weiterer Arbeitskräfte erforderlich, um die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung nicht zu gefährden. Die eigentliche Herausforderung an eine langfristig angelegte Integrationspolitik besteht aber in der Schaffung akzeptabler Arbeits- und Lebensbedingungen für die Ausländer, die nach einer de facto-Einwanderung hier bleiben werden.

Dazu gehört die Absicherung des aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Status der legal hier lebenden Ausländer, die Unsicherheiten in der Lebensplanung beseitigen und die Integrationsfähigkeit stärken kann. Die geplante und die tatsächliche Aufenthaltsdauer weichen erheblich voneinander ab. Über drei Viertel aller Ausländer sind länger als vier Jahre, weit über

Ausländerbeschäftigung in Berlin (West): Hohe Arbeitsplatzverluste verschärfen Integrationsprobleme

Im Zuge des Beschäftigungsrückgangs in Berlin haben sich insbesondere die Beschäftigungschancen der ausländischen Arbeitskräfte verschlechtert. Absehbare Tendenzen der Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung in Berlin deuten darauf hin, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren noch verschärft. Davon wird auch weiterhin die ausländische Bevölkerung relativ stärker als die deutsche betroffen sein: Die zumeist geringe Qualifikation der beschäftigten Ausländer erhöht deren Arbeitsplatzrisiko, Ausbildungsmängel der Nachwachsenden vermindern deren Einstellungschancen — und dies bei zumindest kurzfristig überproportional wachsendem Arbeitskräfteangebot. Um die soziale Problematik dieser Entwicklung zu mildern, gilt es nicht nur, Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, sondern auch den Ausbildungsstand der nachwachsenden Ausländer sehr viel intensiver als bisher zu verbessern.

Entwicklung der Beschäftigung in Berlin (West) von 1973 bis 1981

Durchschnitt in 1000 Personen

Jahr	Erwerbstätige	Arbeitnehmer			Arbeitslose		Arbeitnehmerpotential	
		insgesamt	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
1973	905,3	823,7	738,2	85,5	8,9	1,1	747,1	86,6
1974	887,2	808,2	716,8	91,4	14,6	3,1	731,4	94,5
1975	855,3	779,6	693,9	85,7	24,2	7,0	718,1	92,7
1976	841,7	766,3	683,5	82,8	26,0	5,3	709,5	88,1
1977	834,7	758,6	676,6	82,0	29,2	5,9	705,8	87,9
1978	829,0	754,7	672,1	82,6	30,7	5,9	702,8	88,5
1979	835,2	759,3	672,7	86,6	27,1	5,0	699,8	91,6
1980	836,6	761,1	668,9	92,2	28,4	5,7	697,3	97,9
1981	828,4	753,8	662,8	91,0	37,5	9,0	700,3	100,0

1) Arbeitnehmer und Arbeitslose.
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Bundesanstalt für Arbeit, DIW.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer setzte in Berlin in nennenswertem Umfang erst 1968 und damit wesentlich später ein als im übrigen Bundesgebiet, nahm dann jedoch rasch zu. Als Ende 1973 die Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland generell eingestellt wurde, waren in der Stadt rund 90 000 oder 11 vH aller Arbeitnehmer Ausländer. Eine Ausländerbeschäftigung dieses Umfangs schien auch auf längere Sicht erforderlich zu sein: Projektionen der demographischen Entwicklung der Berliner Bevölkerung hatten gezeigt, daß die seinerzeit angestrebten Wachstumsziele eine Beschäftigtenzahl voraussetzten, die aus der einheimischen Bevölkerung allein nicht zu gewinnen war.

Seither hat die Zahl der Arbeitsplätze in Berlin indes stark abgenommen. 1981 gab es im Jahresdurchschnitt 754 000 abhängig Beschäftigte in der Stadt, 70 000 weniger als 1973. Die Zahl der beschäftigten Ausländer lag 1981 — nach einem Rückgang in den Folgejahren der Rezession von 1975 — mit 91 000 wieder auf dem Niveau des Jahres 1974, ihr Anteil

hat also zugenommen. Dem Berliner Arbeitsmarkt standen aber insgesamt mehr ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung als je zuvor; die Zahl der arbeitslos gemeldeten Ausländer übertraf mit 9 000 den Stand von 1974 um das Dreifache.

Der Zuwachs an Ausländern in den letzten Jahren resultiert — wie im Bundesgebiet insgesamt — aus dem Nachzug von Familienangehörigen und Asylbewerbern. Im Zuge dieser Wanderungsentwicklung ist die Zahl der ausländischen Einwohner Berlins seit dem Anwerbestopp um 70 000 gewachsen — von 178 000 auf 248 000 (Stand 30. 6. 1982). Allein die Zahl der Türken, die den Hauptanteil der vormals angeworbenen Arbeitnehmer stellten, stieg von 79 000 auf 120 000.

Auch in naher Zukunft wird das Erwerbspersonenangebot der Ausländerbevölkerung noch wachsen, und zwar auch dann, wenn sich der Zustrom von Ausländern nach Berlin nicht in gleichem Umfang wie bisher fortsetzen sollte. Das folgt vor allem aus der

Branchenstruktur der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer in Berlin (West) in den Jahren 1974 und 1981¹

Wirtschaftsabteilung, ausgewählte Wirtschaftsgruppen	Zahl der ausländischen Beschäftigten		Branchenstruktur ²⁾ vH		Ausländerquote ³⁾ vH		Veränderung der Ausländerbeschäftigung von 1974 bis 1981 absolut
	1974	1981	1974	1981	1974	1981	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 039	924	1,1	1,0	28,1	23,9	-115
Energie, Bergbau	107	116	0,1	0,1	1,0	1,1	+ 9
Verarbeitendes Gewerbe darunter:	52 269	42 467	57,1	46,6	20,0	20,4	-9 802
Kunststoffverarbeitung	1 480	1 453	1,6	1,6	26,9	29,4	- 27
Stahl- und Leichtmetallbau	2 616	2 173	2,9	2,4	16,4	16,0	-443
Maschinenbau	3 488	2 737	3,8	3,0	15,8	16,4	-751
Straßenfahrzeugbau	-	3 760	-	4,1	-	28,6	-
Elektrotechnik	21 833	15 486	23,9	17,0	25,1	24,6	-6 347
Textilverarbeitung	2 771	2 251	3,0	2,5	50,3	57,7	-520
Nahrungs- und Genußmittel	4 499	4 804	4,9	5,3	14,4	17,5	+305
Baugewerbe	7 171	7 246	7,8	8,0	12,7	14,4	+ 75
Handel	4 961	6 173	5,4	6,8	4,5	6,1	+1 212
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 878	2 053	2,1	2,3	4,4	5,1	+175
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	284	391	0,3	0,4	1,4	1,8	+107
Dienstleistungen, wenn nicht gesondert genannt darunter:	18 115	23 868	19,8	26,2	10,5	12,0	+5 753
Gaststätten und Beherbergung	4 096	6 248	4,5	6,9	24,8	33,3	+2 152
Reinigung, Körperpflege	3 424	4 203	3,7	4,6	17,6	22,1	+779
Gesundheits- und Veterinärwesen	5 806	6 249	6,3	6,9	12,0	11,0	+443
Organisationen ohne Erwerbscharakter	997	1 434	1,1	1,6	6,4	7,0	+437
Gebietskörperschaften, Sozial- versicherung	4 643	6 403	5,1	7,0	6,9	9,2	+1 760
Insgesamt	91 466	91 079	100,0	100,0	12,0	12,6	-387

1) Stichtag jeweils 30. September. - 2) Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer der Branche an der Gesamtsumme der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer. - 3) Anteil der Ausländer an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit und Berechnungen des DIW.

Altersstruktur: Die ins Erwerbsleben eintretenden Jahrgänge – die Altersgruppe 15 bis 20 Jahre – umfassen bei den Ausländern rund 22 000 Personen; 15 000 davon sind Türken. Altersbedingt ausscheiden werden hingegen nur wenige: Im Alter von 60 bis 65 Jahren stehen nur knapp 2 000 Ausländer, davon 200 Türken. Hinzu kommt, daß der Anteil der Ausländer, die nach geltendem Recht Anspruch auf Arbeitserlaubnis haben, ständig wächst. Restriktionen, die auf den Zugang zum Arbeitsmarkt zielen, dürften weiter an Bedeutung verlieren.

Da aller Voraussicht nach auch das Erwerbssperrenangebot der deutschen Bevölkerung in naher Zukunft noch zunimmt und gegenwärtig nicht abzusehen ist, wann der Verlust von Arbeitsplätzen in Berlin zum Stillstand kommt, ist eine Verschärfung der Arbeitsmarktlage zu befürchten.

In welchem Umfang ausländische Arbeitnehmer davon betroffen sein werden, ist indes schwer abzuschätzen. Die Stabilisierung der Ausländerbeschäftigung nach dem Einbruch Mitte der siebziger Jahre ist fast ausschließlich Ergebnis einer Ausweitung im Dienstleistungsbereich. Hier nahm nach der Beschäftigung

statistik der Bundesanstalt für Arbeit¹ die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1974 und 1981 insgesamt um rund 26 000 (15 vH), die der Ausländer um etwa 5 800 oder fast ein Drittel zu. Im Bundesdurchschnitt – hier hat der Dienstleistungsbereich einen geringeren, das verarbeitende Gewerbe einen höheren Anteil als in Berlin (West) – war es umgekehrt: In der Gesamtregion wuchs im Dienstleistungsbereich die Ausländerbeschäftigung mit 12 vH nur halb so schnell wie die Beschäftigung insgesamt (23 vH). 1981 waren in Berlin (West) gut ein Viertel aller Ausländer im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Der Beschäftigungsschwerpunkt mit annähernd der Hälfte aller beschäftigten Ausländer lag indes auch 1981 im verarbeitenden Gewerbe – dem Wirtschaftsbereich, der in der Vergangenheit den Großteil der Arbeitsplatzverluste bei Deutschen wie Ausländern hinnehmen mußte. Allein im Bereich der Elektrotechnik waren 17 vH aller Ausländer beschäftigt.

¹ Sie enthält alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, also im wesentlichen keine Selbständigen, mit-helfenden Familienangehörigen und Beamten.

Struktur der Ausländerbeschäftigung in den Berufsordnungen mit mehr als 5000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin (West) am 30. Juni 1981

Nr.	Berufsordnung Bezeichnung	Rang nach Ausländer- anteilen	Ausländer- anteil vH	Frauenan- teil an Ausländern vH	Anteil der Beschäftigten ohne oder mit unbekannter Berufs- ausbildung in vH	
					Deutsche	Ausländer
321	Elektrogeräte-, Elektroteilemontierer	1	44,1	85,5	78,7	97,3
411	Köche	2	38,3	51,2	65,3	90,3
531	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	3	35,2	26,2	87,4	97,4
470	Bauhilfsarbeiter	4	33,5	2,8	90,4	94,9
051	Gärtner, Gartenarbeiter	5	26,3	5,6	62,8	95,5
913	Übrige Gästebetreuer	6	26,2	33,4	73,7	84,5
933	Raum-, Hausratreiniger	7	26,2	88,1	88,1	98,2
522	Warenaufmacher, Versandfertigtmacher	8	23,5	50,9	77,0	95,1
744	Lager-, Transportarbeiter	9	21,7	9,1	82,4	94,2
311	Elektroinstallateure, -monteure	10	20,5	28,9	29,9	70,0
521	Warenprüfer, -sortierer, a.n.g.	11	18,7	53,5	53,1	78,9
271	Bauschlosser	12	17,3	1,4	35,6	62,8
273	Maschinenschlosser	13	16,7	2,4	26,6	35,3
854	Helfer in der Krankenpflege	14	15,8	85,2	57,8	67,3
441	Maurer	15	15,7	0,3	31,4	51,6
741	Lagerverwalter, Magaziner	16	11,3	11,7	57,2	86,6
511	Maler, Lackierer (Ausbau)	17	8,4	1,4	29,3	34,7
853	Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	18	8,4	88,1	22,7	19,3
261	Kraftfahrzeuginstandsetzer	19	8,3	0,4	31,8	47,0
901	Friseure	20	7,6	67,3	44,1	52,1
262	Rohrinstallateure	21	7,1	0,4	32,1	42,3
714	Kraftfahrzeugführer	22	6,7	1,5	58,8	78,9
793	Pförtner, Hauswarte	23	6,5	64,8	65,7	82,7
682	Verkäufer	24	4,7	54,9	42,3	70,0
602	Elektroingenieure	25	4,5	4,2	3,4	3,8
864	Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen	26	4,3	84,4	13,7	28,5
792	Wächter, Aufseher	27	4,0	25,8	65,6	86,7
784	Bürohilfskräfte	28	3,8	60,3	53,3	73,7
861	Sozialarbeiter, Sozialpfleger	29	3,1	80,3	38,5	41,9
856	Sprechstundenhelfer	30	3,0	97,3	34,2	57,6
751	(Unternehmer) Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter	31	2,8	18,2	16,4	41,4
628	Sonstige Techniker	32	2,6	13,4	12,9	32,0
781	Bürofachkräfte	33	2,6	67,8	28,1	53,1
782	Stenographen, Stenotypisten, Maschinen- schreiber	34	2,5	96,0	24,9	41,4
681	Groß-, Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	35	2,5	34,7	22,5	32,2
772	Buchhalter	36	1,8	58,9	13,7	40,6
691	Bankfachleute	37	1,5	65,4	22,5	36,4
	alle Berufsordnungen		12,6	40,6	39,4	75,6

Quelle: Berechnungen des DIW nach Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin.

Die Ausländerquote – der Anteil der Ausländer an allen abhängig Beschäftigten – beträgt im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche Berlins knapp 13 vH, im verarbeitenden Gewerbe hingegen mehr als 20 vH. Den höchsten Ausländeranteil wies 1981 hier mit 58 vH die Textilverarbeitung auf², gefolgt von den Bereichen Kunststoffverarbeitung sowie Straßenfahrzeugbau (jeweils 29 vH). Im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe betrug der Ausländeranteil 33 vH.

Die Betrachtung der Ausländerbeschäftigung nach Berufen³ zeigt, daß einmal die Ausländeranteile in den Montage-, Verpackungs-, Transport- und sonstigen gewerblichen Hilfsberufen, zum anderen in den allgemeinen Dienstleistungsberufen wie Köche, gastronomische Hilfskräfte, Reiniger am größten waren; diese Berufe können mithin als typische Ausländerberufe bezeichnet werden. Dagegen blieben Berufe mit mittleren bis höheren Qualifikationsanforderungen – in der Hauptsache „höhere“ Angestelltenberufe – weitgehend den Deutschen vorbehalten: Gliedert man nach der beruflichen Qualifikation der Be-

schäftigten, dann zeigt sich, daß durchschnittlich nahezu 40 vH der Deutschen, aber über 75 vH der Ausländer keine berufliche Qualifikation beziehungsweise eine unbekanntere Berufsausbildung⁴ innerhalb der einzelnen Berufsordnungen aufweisen. In den „typischen“ Ausländerberufen ist gleichzeitig auch der Anteil gering qualifizierter Arbeitskräfte hoch, während in den stärker mit Deutschen besetzten

² Betrachtet wurden hier nur ausgewählte Bereiche des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 1500 beschäftigten Ausländern.

³ Es wurden – nach dem Stand vom 30.6.1981 – aus allen 328 Berufsordnungen diejenigen ausgewählt, die mehr als 5000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufwiesen. Damit wurden 62 vH aller dieser Beschäftigten und 53 vH der ausländischen erfaßt. Nach diesen Strukturmerkmalen ausgewertete Daten gibt es in der hier analysierten Tiefe nur jeweils zur Jahresmitte.

⁴ Die Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit unbekannter Berufsausbildung betragen am 30.6.1981 bei den Deutschen 12,2 vH, bei den Ausländern 28,9 vH. Obwohl die Zuordnung dieser Personen zu den übrigen Qualifikationskategorien nicht eindeutig vorgenommen werden kann, dürfte der weitaus überwiegende Teil von ihnen keine formale berufliche Qualifikation ausweisen.

Berufsordnungen sowohl die Deutschen als auch die dort beschäftigten Ausländer höher qualifiziert sind.

Etwa 86 vH aller arbeitslosen Ausländer hatten im September 1981 keine formale berufliche Qualifikation, während das Angebot an offenen Stellen schon vor Jahresfrist⁵ weniger als ein Viertel „Nichtfacharbeiter“ oder „Angestellte mit einfachen Tätigkeiten“ betraf.

Qualifikationsstruktur ausländischer und deutscher registrierter Arbeitsloser in Berlin (West) Ende September 1981

Qualifikation	Anteile in vH	
	Ausländer	Deutsche
ohne Berufsausbildung	86,2	53,2
betriebliche Berufsausbildung	5,6	28,4
Berufsfachschulabschluß	1,1	3,3
Fachschulabschluß	1,0	3,0
Fachhochschulabschluß	1,2	2,5
Hochschulabschluß	4,9	9,6

Quelle: Berechnungen des DIW nach Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin.

Branchenstruktur und Qualifikation der Beschäftigten lassen erwarten, daß in Zukunft die Ausländer in Berlin einem eher noch stärkeren Arbeitsplatzrisiko ausgesetzt sein werden. Einmal ist eine Ausweitung des Dienstleistungsbereichs in gleichem Umfang wie bisher wenig wahrscheinlich. Zum anderen sind — wie auch die aktuelle Entwicklung zeigt — weiterhin Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes in Berlin gefährdet. Zwar hat sich in der Vergangenheit in einigen Zweigen des verarbeitenden Gewerbes die Produktion zugunsten von Fertigungen mit niedriger Wertschöpfung verlagert, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil gering qualifizierter Arbeitsplätze und steigende Ausländerbeschäftigung aufwiesen. Mit der geplanten Änderung des Berlinförderungsgesetzes soll aber solchen Tendenzen entgegen gewirkt, d. h. die Wertschöpfung auch durch Ausweitung qualifizierterer Arbeit erhöht werden.

Bei fortgesetztem Arbeitsplatzabbau ist darüber hinaus zu befürchten, daß auch zunehmend qualifizierte Kräfte ihren Arbeitsplatz verlieren, keine gleichwertige Beschäftigung finden und weniger qualifizierte verdrängen. Nimmt man allein das gegenwärtige

Strukturbild der beruflichen Qualifikation, läßt also den Einfluß individueller Fähigkeiten und Arbeitsmotivation auf die Beschäftigungschancen außer acht, werden Ausländer von einem Verdrängungswettbewerb dann am stärksten betroffen.

Erhebliche Wettbewerbsnachteile sind schon gegenwärtig für ausländische Jugendliche festzustellen. Der Ausländeranteil unter den arbeitslosen Jugendlichen ist in der Vergangenheit rasch gestiegen und lag vor Jahresfrist — neue Zahlen liegen noch nicht vor — bei 40 vH. Der Ausländeranteil an allen Auszubildenden betrug hingegen Ende 1981 nur 4,4 vH.

Dabei dürften jugendliche Ausländer, die in Deutschland aufgewachsen und ausgebildet worden sind, noch vergleichsweise wenig Probleme haben. Anders ist es jedoch mit Jugendlichen, die erst spät nachgezogen sind und die das deutsche Schulsystem mit wenig Erfolg oder gar nicht durchlaufen haben. Die mit dem Stichwort „Zusteiger“ verbundenen Probleme sind bekannt, aber nicht gelöst, wenn auch mit den Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer (MBSE) bundesweit beachtliche Anstrengungen unternommen werden, die Bildungsdefizite abzubauen.

Die Probleme können in den nächsten Jahren gemildert, nicht aber gelöst werden: Erste Ergebnisse der Förderungsmaßnahmen in Berlin zeigen, daß bisher nur ein Bruchteil der Teilnehmer anschließend in ein Ausbildungsverhältnis übernommen wurde. Hinzu kommt, daß das Fortbildungsangebot der MBSE nicht einmal ausgeschöpft wird, seine Zielgruppe also offenbar nicht voll erreicht. Bei generellem Arbeitsplatzmangel bietet allerdings auch eine bessere Qualifikation keine Beschäftigungsgarantie. Selbst bei zunehmendem Erfolg der beruflichen Eingliederungsmaßnahmen wird die Zahl jugendlicher Ausländer ohne berufliche Qualifikation groß bleiben. Immer mehr von ihnen droht das Abgleiten in einen „Randgruppenstatus“ mit all seinen negativen Folgen. Trotzdem besteht zur Intensivierung der Eingliederungsmaßnahmen keine Alternative. Die Grundlinien der Ausländerpolitik der Bundesregierung wie des Senats von Berlin sehen die Integration der hier lebenden Ausländer vor. Teil dieser Integration und wesentliche Voraussetzung für ihr Gelingen sind bessere Chancen bei der beruflichen Eingliederung.

⁵ Nach der letzten Strukturuntersuchung der Arbeitslosigkeit des Landesarbeitsamtes Berlin vom September 1981.

Exportüberschuß auf Rekordhöhe

Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1982

Die Abwärtsentwicklung der realen Warenausfuhr, die nach der Jahreswende 1981/82 einsetzte, hat sich im Berichtsquartal beschleunigt¹. Zwar war das Ausfuhrvolumen noch um knapp 3 vH höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum (I/82: 10,5 vH), gegenüber dem ersten Quartal ist es aber um 3 vH gesunken. Nicht nur die anhaltend schwache Konjunktur in den westlichen Industrieländern, sondern auch die Zahlungsschwierigkeiten vieler Entwicklungsländer und der meisten Staatshandelsländer haben zu dieser ungünstigen Entwicklung beigetragen. Die reale Einfuhr der Bundesrepublik war dagegen im Berichtszeitraum ebenso hoch wie im ersten Quartal dieses Jahres. Dabei ist der reale Überschuß im Warenverkehr gegenüber dem Vorquartal um 2 Mrd. DM gesunken.

Die deutliche Verbesserung der Terms of Trade hat allerdings dazu geführt, daß der nominale Exportüberschuß in der Warenbilanz weiter, auf reichlich 13 Mrd. DM, gestiegen ist. Eine ähnliche Größenordnung wurde bisher erst einmal, im ersten Quartal 1974, erzielt. Damals wurden die traditionellen Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz mehr als ausgeglichen, so daß die Leistungsbilanz einen beträchtlichen Überschuß aufwies. Im Berichtsquartal war die Leistungsbilanz trotz des außergewöhnlich hohen Überschusses im Warenverkehr saisonbereinigt gerade ausgeglichen. Hierzu hat beigetragen, daß das Defizit im Dienstleistungsbereich aufgrund der geringeren Ausgaben im Reiseverkehr gegenüber dem ersten Quartal merklich gesunken ist.

Ausfuhr von Investitionsgütern abwärts gerichtet

Der Verlauf der Ausfuhr wurde im Berichtsquartal durch den beschleunigten Rückgang der Exporte von Investitionsgütern bestimmt. Besonders kräftig sind preisbereinigt die Auslandslieferungen von Maschinenbauerzeugnissen sowie von elektrotechnischen Investitionsgütern zurückgegangen. Die Ausfuhren des Maschinenbaus lagen im Berichtsquartal, nach einem kurzen Exporthoch, wieder unter dem Vorjahrsniveau (vgl. Schaubild). Die zu den Investitionsgütern zählenden Straßenfahrzeuge — außer Lastkraftwagen sind dies Personenkraftwagen über zwei Liter Hubraum — sind nur wenig unter dem hohen Exportniveau im ersten Quartal geblieben. Bei Büromaschinen und ADV-Anlagen ist der Rückgang der Ausfuhr wohl als Reaktion auf den besonders steilen Anstieg im ersten Quartal zu werten.

Die Exporte von Verbrauchsgütern waren dagegen überraschend stabil: Die Lieferungen verharrten auf dem im vierten Quartal 1981 erreichten hohen Niveau. Dazu haben hauptsächlich die mit kaum verminderter Tempo expandierenden Ausfuhren von Personenkraftwagen (bis zwei Liter Hubraum) beigetragen. Die Ausfuhren von elektrotechnischen Gebrauchsgütern sowie von Textilien und Bekleidung sind im Berichtsquartal geschrumpft.

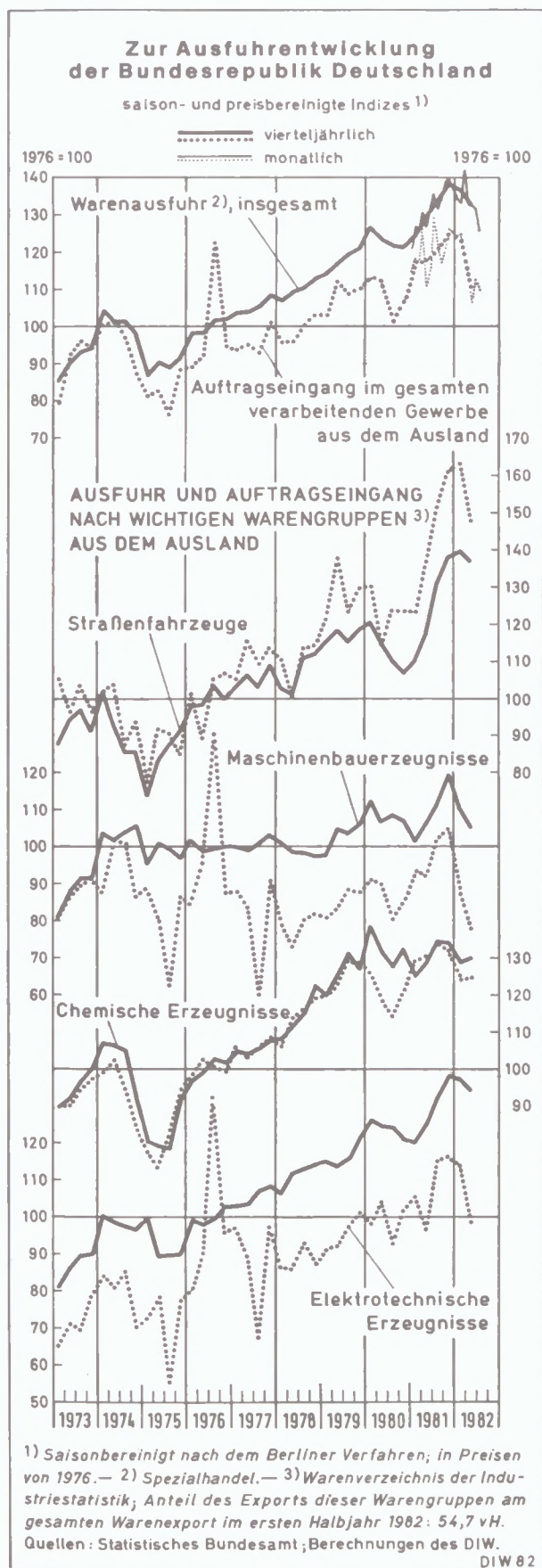
Die Exporte des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes sind wiederum — geringfügig — gesunken. Diese Entwicklung ergab sich aus den von Quartal zu Quartal gefallenem Lieferungen der Eisen- und Stahlindustrie. Chemische Erzeugnisse wurden vermehrt exportiert.

Rückgang der Exporte in die Entwicklungsländer

Vor allem die weltweite Konjunkturschwäche, teilweise auch kriegerische Auseinandersetzungen haben die Zahlungsfähigkeit wichtiger Handelspartner unter den Entwicklungsländern stark beeinträchtigt. So hat sich die Abwärtsentwicklung bei den Lieferungen in die Gruppe der Entwicklungsländer beschleunigt; vor allem zu nennen sind Argentinien, Brasilien und Chile. Auch OPEC-Länder haben seit einiger Zeit zunehmend mit Devisenproblemen zu kämpfen. Im Juni wurde bei der Ausfuhr in die OPEC-Länder der Vorjahrswert kaum noch übertroffen. Deutlich unter dem Vorjahrsniveau lagen im Berichtsquartal die Ausfuhren nach Libyen, Nigeria und in den Irak. Hohe Zuwachsraten wurden nur noch beim Export nach Saudi-Arabien und Kuwait erzielt.

Die Ausfuhren in die EG-Länder haben nicht mehr zugenommen; dies gilt für die Lieferungen an die meisten Handelspartner. Lediglich nach Frankreich konnten sie nochmals merklich ausgeweitet werden. In die EFTA-Länder Schweden und die Schweiz ist der Export, welcher im ersten Quartal unter dem Einfluß der schwachen Konjunktur dieser Länder gesunken war, deutlich gestiegen; nach Österreich haben die Ausfuhren stagniert. Stagnation kennzeichnete auch die Entwicklung des Exports nach Japan und den USA. Die wechselkursbedingte hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter hat hier die konjunkturellen Einflüsse auf die Entwicklung der Lieferungen ausgeglichen.

¹ Untersucht werden saisonbereinigte Zeitreihen; Saisonbereinigung nach dem Berliner Verfahren.



Für den Export in die Staatshandelsländer insgesamt wird ein deutlicher Zuwachs ausgewiesen; er beruht jedoch hauptsächlich auf der kräftigen Ausweitung der Lieferungen in die Sowjetunion. Diese haben gegenüber dem ersten Quartal vor allem aufgrund der Auslieferungen von Röhren für die Erdgaspipeline um rund 27 vH zugenommen.

Hohe Exportüberschüsse eines Landes werden bei der gegenwärtig vorherrschenden weltweiten Konjunkturschwäche von den wirtschaftspolitischen Instanzen besonders kritisch beobachtet, zur Zeit die deutschen Exporterfolge in den übrigen EG-Ländern. Im Handel mit den EG-Ländern hat der Ausfuhrüberschuß schon im ersten Halbjahr 1982 die Höhe von 12,6 Mrd. DM erreicht; das war mehr als im gesamten Jahr 1981 sowie jeweils in den drei vorangegangenen Jahren (vgl. Tabelle). Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Bundesrepublik der größte Nettozahler unter den EG-Mitgliedsländern ist. Dem Überschuß in der Warenbilanz von 11,2 Mrd. DM im Jahre 1981 standen Zahlungen an die EG-Organisationen sowie Nettoausgaben für Dienstleistungen und unentgeltliche Leistungen von reichlich 24 Mrd. DM gegenüber, so daß die Leistungsbilanz mit einem Defizit von 13 Mrd. DM abschloß. 1982 dürfte der zu erwartende hohe Exportüberschuß gerade ausreichen, diese Ausgaben zu kompensieren.

Stabile Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen

Die reale Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen ist im Berichtsquartal zwar gesunken. Bei dieser Entwicklung handelt es sich aber wohl wiederum nur um eine kurzfristige Abweichung von dem seit Anfang 1980 in der Grundtendenz stagnierenden Verlauf. Bemerkenswert ist, daß diese Importe bisher nicht nachhaltiger von der schwachen Binnenkonjunktur sowie der hohen Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen gedämpft worden sind. Im Berichtsquartal sind sowohl Verbrauchsgüter als auch Investitionsgüter in geringerem Umfang als im Vorquartal bezogen worden. Bei den Investitionsgütern sind die Einfuhren von Maschinenbauerzeugnissen und Lastkraftwagen sogar beschleunigt gesunken. Unter den Verbrauchsgütern haben sich insbesondere die Importe von kleinhubigen Personenkraftwagen kräftig verringert. Die Einfuhren von elektrotechnischen Gebrauchsgütern sowie von Textilien haben im Vergleich mit dem ersten Quartal 1982 dagegen etwas zugenommen.

Der Anstieg der Importe von industriellen Vorprodukten (Rohstoffe, Halbwaren, Fertigwaren-Vorzeugnisse) im Berichtsquartal steht wohl im Zusammenhang mit einer starken Verminderung der Vorräte in der vorausgegangenen Zeit. Der laufende Bedarf konnte weniger als zuvor durch Rückgriffe auf die Bestände gedeckt werden.

Regionale Gliederung des Außenhandelssaldos¹ der Bundesrepublik Deutschland
Mrd. DM²

Ländergruppen, Länder	1978	1979	1980	1981	1981		1982 1. Halbj.	Nachrichtl.: Leistungs- bilanz- saldo 1981
					1. Halbj.	2. Halbj.		
Westliche Industrieländer	31,8	28,1	23,6	26,9	9,5	17,4	21,8	-15,7
davon:								
EG-Länder 3)	11,6	11,8	11,8	11,2	5,1	6,1	12,6	-13,4 ⁴⁾
darunter: Frankreich	6,6	6,8	10,0	11,8	5,0	6,8	9,2	9,3
Niederlande	-2,4	-4,5	-5,9	-10,4	-5,3	-5,1	-5,8	-11,7
Italien	-3,8	-1,3	2,9	3,7	2,4	1,3	2,2	-4,9
Belgien-Luxemburg	3,1	3,4	3,0	4,2	2,3	1,9	3,2	-0,3
Großbritannien	4,8	3,8	0,1	-1,3	-0,9	-0,4	1,5	-1,3
USA	2,8	0,5	-4,2	-2,4	-2,7	0,3	-0,7	5,5
Japan	-3,7	-3,8	-6,5	-8,2	-4,4	-3,8	-4,0	-9,2
Sonstige Industrieländer	21,1	19,6	22,5	26,3	11,5	14,8	13,9	1,4
Entwicklungsländer (ohne OPEC)	-1,4	-1,4	-3,2	1,5	-0,3	1,8	-0,9	-2,5
OPEC-Länder	5,1	-7,8	-14,6	-2,6	-4,9	2,3	3,7	-0,2
Staatshandelsländer	5,1	2,8	1,9	0,3	1,4	-1,1	-1,0	2,2
Saldo insgesamt	41,2	22,4	8,9	27,7	6,4	21,3	24,3	-16,6

1) Spezialhandel nach Herstellungs- und Verbrauchsländern. - 2) Einfuhrüberschuß der Bundesrepublik: - . - 3) Neuer Stand einschließlich Griechenland. - 4) Einschließlich der EG-Organisationen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

Einfuhrpreise sinken weiter

Vom Herbst 1981 an sind die Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) ständig gesunken; im Berichtsquartal hat sich der Abwärtstrend sogar beschleunigt. Dazu hat neben den rückläufigen Weltmarktpreisen für Industrierohstoffe auch die Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) beigetragen: Die Einfuhrpreise für Fertigwaren-Enderzeugnisse aus den dem EWS angehörenden Ländern haben sich rascher ermäßigt als aus den übrigen Ländern.

Ein Vergleich der Entwicklung der Einfuhrpreise im Gefolge der beiden Ölpreiskrisen (vgl. Schaubild) zeigt, daß die kräftige Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, die in der zweiten Jahreshälfte 1980 begann, verhindert hat, daß der Preisverfall bei Industrierohstoffen auf dem Weltmarkt auf die Einfuhrpreise in D-Mark durchschlug; der Anstieg der Preise für Industrierohstoffe in D-Mark hielt bis zum Herbst 1981 unvermindert an. Der unterschiedliche Verlauf erklärt sich daraus, daß ein großer Teil dieser Importgüter traditionell in US-Dollar fakturiert wird. Dagegen war nach der ersten Ölpreiskrise zur Jahreswende 1973/74 bei einer starken D-Mark ein weitgehend paralleler Verlauf von D-Mark- und Dollar-Preisen für Industrierohstoffe auf dem Weltmarkt zu beobachten; zusätzlich gedämpft wurde die Entwicklung der Einfuhrpreise im ersten Halbjahr 1975 durch die besonders starke Aufwertung der D-Mark gegenüber der US-Währung.

Der Effekt der wechselkursbedingten Verteuerung der Einfuhr industrieller Vorprodukte im Zeitraum

vom vierten Quartal 1980 bis zum zweiten Quartal 1982 läßt sich fiktiv berechnen, wenn unterstellt wird, daß — wie nach der ersten Ölpreiskrise — die D-Mark im Vergleich zum US-Dollar relativ stabil geblieben wäre. Der D-Mark-Preisindex für industrielle Vorprodukte hätte sich dann in diesem Zeitraum nicht verändert. Dem Wechselkurseinfluß läßt sich ein Betrag von rund 45 Mrd. DM zurechnen, das ist wesentlich mehr als das Leistungsbilanzdefizit in dieser Periode, welches rund 35 Mrd. DM betrug. Bei dieser Berechnung wurde nicht berücksichtigt, daß der Exportboom überwiegend durch die wechselkursbedingte Verbilligung der Exportgüter bedingt war, wodurch die Leistungsbilanz entlastet wurde.

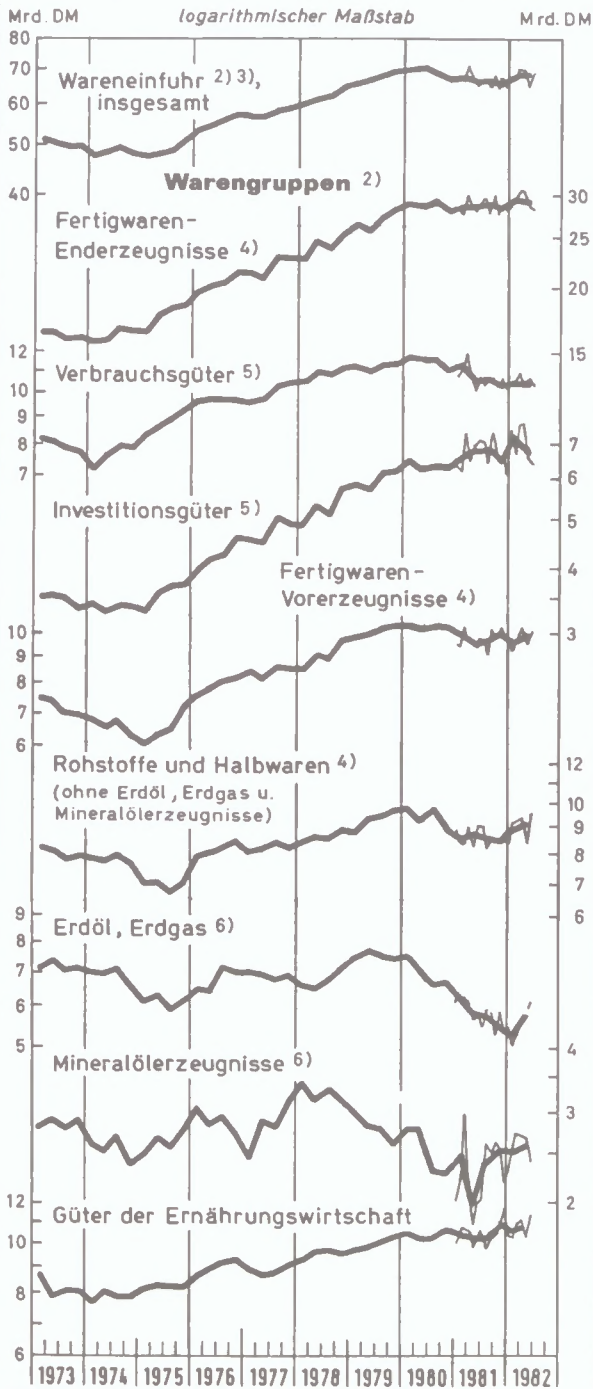
Ausblick

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist der reale Auftragseingang aus dem Ausland beim verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Stand von Jahresende 1981 saisonbereinigt um rund 12 vH gesunken. Allerdings ist der starke Abwärtstrend im Juni/Juli zum Stillstand gekommen. Damit liegen die Auftragseingänge wieder auf dem Niveau von Anfang 1981, vor dem Beginn des jüngsten Exportbooms. Die Ausfuhren haben sich weitgehend der gesunkenen Nachfrage angepaßt: Auch die reale Warenausfuhr zur Jahresmitte hatte saisonbereinigt eine Größenordnung wie zum Jahresbeginn 1981. Der Bestand an Aufträgen aus dem Ausland war dabei noch etwa ebenso hoch wie ein Jahr zuvor.

Zur Einfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland

saison- und preisbereinigte Werte 1)

— Vierteljahreswerte — Monatswerte



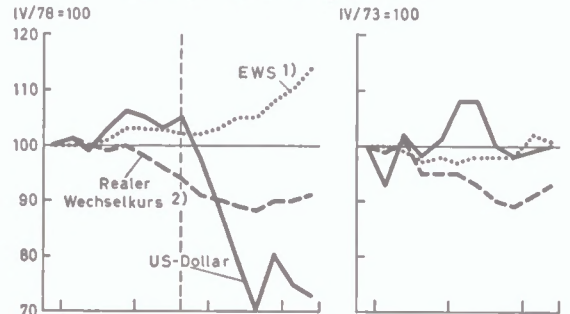
1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren; in Preisen von 1976. — 2) Spezialhandel. — 3) Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — 4) Gegliedert nach dem Verarbeitungsgrad. — 5) Nach ihrer überwiegenden Verwendungsart ausgewählte und abgegrenzte Waren, hauptsächlich Fertigwaren-Enderzeugnisse. — 6) Nach dem Warenverzeichnis der Industriestatistik abgegrenzte Erzeugnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

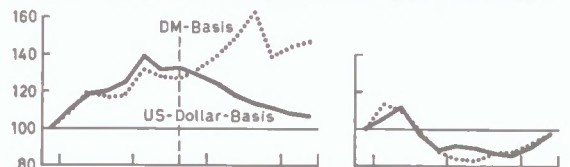
DIW 82

Preisentwicklung im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland im Gefolge der zwei Ölpreiskrisen

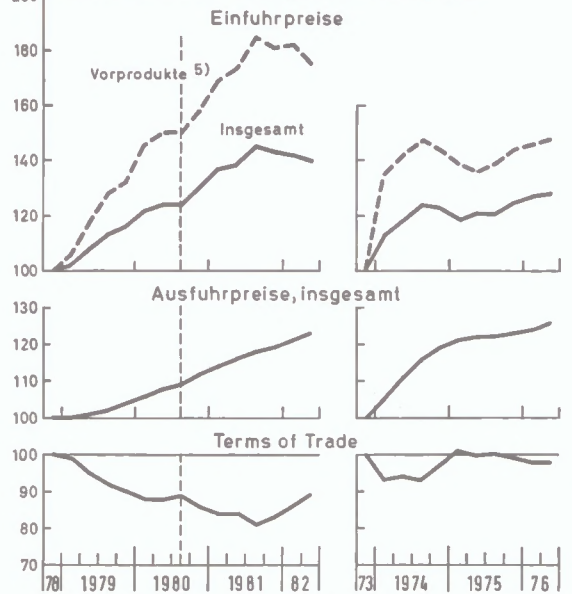
Wechselkurs der DM gegenüber ...



Weltmarktpreise für Industrierohstoffe (HWWA-Index)



PREISINDIZES 3) IN DM, SAISONBEREINIGT 4)



1) Europäisches Währungssystem (EWS) ab Februar 1979, vorher Gruppenfloating-Länder. — 2) DM-Außenwert bereinigt um das Konsumentenpreisgefälle (12 Industrieländer). — 3) Durchschnittswerte. — 4) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 5) Rohstoffe, Halbwaren, Fertigwaren-Vorzeugnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, HWWA, Berechnungen des DIW.

DIW 82

Die weitere Entwicklung der Auslandsnachfrage wird unter der anhaltend gedämpften Konjunktur in den westlichen Industrieländern sowie der Devisenknappheit bedeutender Entwicklungsländer leiden. Ein Wiederanstieg der Auslandsnachfrage noch im Laufe dieses Jahres käme daher überraschend. Aber auch eine Fortsetzung des Rückgangs ist nicht sehr wahrscheinlich, denn die Anpassung an das niedrige Niveau der wirtschaftlichen Aktivität im Ausland scheint nun abgeschlossen zu sein. In der zweiten Jahreshälfte 1982 wird der reale Export geringer sein als im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Im Jahres-

durchschnitt 1982 ist nur ein geringfügiger Exportzuwachs zu erwarten.

Die reale Wareneinfuhr wird im zweiten Halbjahr 1982 sinken. Bremsend auf die Importnachfrage wirken weiterhin die geringe Investitions- und Konsumneigung wie auch die guten Ernten. Das Einfuhrvolumen wird im Jahr 1982 etwa ebenso hoch ausfallen wie im Vorjahr.

Bei dieser Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr sowie einer anhaltenden Verbesserung der Terms of Trade ist damit zu rechnen, daß der nominale Exportüberschuß weiter zunimmt. Die Leistungsbilanz wird im zweiten Halbjahr 1982 einen Überschuß aufweisen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Ausländer und Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.
Bearbeitet von Ulrich Brasche und Siegfried Schultz. —

Ausländerbeschäftigung in Berlin (West): Hohe Arbeitsplatzverluste verschärfen Integrationsprobleme.
Bearbeitet von Klaus-Peter Gaulke und Ingo Pfeiffer. —

Exportüberschuß auf Rekordhöhe. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg, 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.